



Brauchen wir Nord Stream 2?

Von Ulrike Simon | 12.5.2021

Die Grünen positionieren sich gegen Nord Stream 2. Die Partei kann sich auf Gutachten berufen, die die Notwendigkeit zusätzlicher Erdgasinfrastrukturprojekte bestreiten. Doch um Klimaschutz geht es gar nicht.

Wer gehofft hat, dass nach dem beschlossenen Kohleausstieg die großen *player* der fossilen Brennstoffe vollständig auf erneuerbare Energien umsteigen, hat sich getäuscht. Im Gegenteil: die neue Kohle heißt Erdgas. Wie immer bei Energiefragen spielen internationale Konkurrenz und Geopolitik eine entscheidende Rolle. Aus Sicht der ‚Großen‘ soll das Erdgas-Geschäft so lange wie möglich erhalten und sogar ausgeweitet werden. Geht es nach den USA und der EU, soll Deutschland, das bisher ca. 50 % des Erdgases aus Russland und weitere große Mengen aus Norwegen und den Niederlanden bezieht, künftig verstärkt Flüssiggas aus den USA und Katar einkaufen.

Da Bedarf es natürlich einer öffentlichen Rechtfertigung. Drei Gründe werden genannt:

1. Erdgas ist ein vergleichsweise klimafreundlicher Brennstoff.
2. Erdgas ist eine wichtige Brückentechnologie auf dem Weg zur CO₂-freien Energieversorgung.
3. Erdgas ist zur Gewährleistung unserer Versorgungssicherheit entscheidend, weswegen unter anderem auch der Ausbau der Infrastruktur zur Diversifizierung unserer Lieferquellen erforderlich ist.

Schauen wir uns die Argumente näher an:

Zu 1: Pro kWh Endenergieverbrauch werden durch Erdgas 250 g CO₂ frei, während die Werte für Braunkohle 679 g und für Heizöl 319 g betragen. Zudem können durch erdgasbetriebene Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen (KWK), die gleichzeitig Wärme und Strom erzeugen, zusätzlich erhebliche Mengen CO₂ eingespart werden.

Neuere Forschungen lassen jedoch vermuten, dass Erdgas sehr viel klimaschädlicher ist als bisher angenommen, denn beim Abbau und Transport wird zusätzlich Methan freigesetzt. Methan ist kurzfristig ein sehr viel klimaschädlicheres Gas als CO₂; auch wenn die Schädlichkeit nach 100 Jahren abnimmt, befürchten die Forscher kurzfristig die Verstärkung der Gefahren durch Umkippeffekte.

Zu 2: Wenn also Erdgas als Brückentechnologie der Energiewende eingesetzt wird, ist die gleichzeitige Ausstiegsplanung notwendig. Eine entsprechende [Roadmap](#) legte 2019 das Umweltbundesamt vor. Die Entwicklung der Gasverbräuche für Gebäude, Verkehr, Stromerzeugung und Industrie bis 2050 wurde in verschiedenen Szenarien berechnet. Alle ergaben eine Verringerung des Gasverbrauchs insgesamt. Gas wird jedoch weiterhin eine große Rolle spielen, wobei Erdgas weitgehend durch E-Methan / E-Wasserstoff ersetzt werden soll.

Die Roadmap erläutert Möglichkeiten. Für die praktische Umsetzung aber sind große Hürden zu überwinden.

Die Wasserstofftechnik steht noch am Anfang, die damit verbundenen ökologischen und technischen Herausforderungen für Herstellung, Import und Lagerung sind noch lange nicht geklärt, die Voraussetzungen noch nicht

geschaffen. Wie schnell der Zubau von Photovoltaik und Windkraft erfolgen kann, um den erforderlichen grünen Strom zu liefern, ist ebenso ungeklärt wie die Frage, ob vorhandene Erdgasanlagen für den Transport von E-Wasserstoff geeignet sind, welche Umbauten erforderlich sind, oder ob sogar der Aufbau einer neuen Wasserstoffinfrastruktur sinnvoll ist.

Weitere Unsicherheiten ergeben sich aus dem Tempo, in dem alle erforderlichen Maßnahmen von der Wärmedämmung in Gebäuden, dem Umstieg auf Elektromobilität, dem Ausbau des ÖPV und dem Umbau der Energieversorgung der Industrieanlagen umgesetzt werden.

Nicht zuletzt erfordern alle Maßnahmen staatliche Förderung und politisches Durchsetzungsvermögen. Hier ist nicht nur die Lobby der Energiekonzerne zu beachten, sondern auch die Bevölkerung mitzunehmen, die soziale Nachteile zu ertragen hat bzw. befürchtet, oder sich nicht in ihren individuellen Entscheidungen bevormunden lassen möchte. Zudem sind auch die wirtschafts- und finanzpolitischen Implikationen – Stichwort ‚Schwarze Null‘ – äußerst umstritten.

Zu 3: Die Politik steht so in einem Spannungsfeld: Auf der einen Seite könnten heute getroffene Entscheidungen zu *Lock-In* Effekten führen, dass zum Beispiel einmal gebaute *Pipelines* aus wirtschaftlichen Gründen weitaus länger betreiben werden als dies klimapolitisch zu vertreten wäre. Und es ist jetzt die richtige Weichenstellung für die Zukunft erforderlich, damit später die nötigen technischen Voraussetzungen auch wirklich vorhanden sind. Auf der anderen Seite muss die Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

Die Road-Map Studie kommt zu folgendem Schluss:

„Insgesamt ergibt sich aus der hohen Unsicherheit und den zeitnahen erforderlichen politischen Entscheidungen zur künftigen Rolle der verschiedenen regenerativen Gase, für eine Übergangszeit eine flexible und anpassungsfähige Gestaltung der Gasinfrastruktur.“

Nichtsdestotrotz müsse „der eingeschlagene Pfad möglichst frühzeitig wieder mit den hier als Grundvoraussetzung angenommenen Klimaschutzzielen der Bundesregierung verträglich“ sein. Mit anderen Worten: Keine einfache Situation für politische Entscheidungsträger.

Russland böse, Katar gut

Bündnis 90 ist nun für den Stopp von Nord Stream 2, dessen Bau vor der deutschen Küste schon 2018 begonnen wurde und nun fast abgeschlossen ist. Das wäre aus Klimaschutzgründen nachvollziehbar und würde den neuesten Gutachten gerecht werden. Aber dann hört man, dass gleichzeitig in Deutschland [3 neue Flüssiggas-Terminals](#) (LNG) in Planung und Bau sind. Während das niedersächsische Projekt von den Grünen – als Oppositionspartei – abgelehnt wurde, war in Schleswig-Holstein [Robert Habeck](#) in Regierungsverantwortung ein aktiver Befürworter. Fracking-Gas aus den USA – mithilfe von dieselbetriebenen Frachtern nach Deutschland gebracht – soll umweltfreundlicher sein als russisches Erdgas? Teurer ist Flüssiggas jedenfalls allemal.

Es scheint den Grünen in erster Linie weder um Klimaschutz noch Versorgungssicherheit zu gehen sondern um die Systemauseinandersetzung mit den ‚autoritären Staaten‘ Russland (und China), mit der man die Ablehnung von Nord Stream 2 konsequenterweise auch [vorrangig begründet](#). Da hat man kein Problem mit den seitens der USA einseitig verhängten Sanktionen gegen die am Bau der Pipeline beteiligten Firmen und Vertragsbruch. Schließlich sind wir ‚die Guten‘.

Wenn nun aber Politik in hohem Maße eine moralische Angelegenheit sein soll, warum waren dann Flüssiggaslieferungen aus Katar für Habeck kein Problem?

Gegen die mit einer moralisierenden Haltung zu politischen Fragen verbundene Überheblichkeit und Doppelstandards verwehrt sich der Leiter des UN-Netzwerkes ‚Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung‘ der UN [Jeffrey Sachs im BBC Interview](#), als er gefragt wurde, ob die USA angesichts der dortigen Menschenrechtsverletzungen mit China über Klimaschutz verhandeln könne. Man solle, so Sachs, erst einmal vor der eigenen Haustür kehren und sich um die eigenen erheblichen Menschenrechtsverletzungen, etwa die völkerrechtswidrigen Wirtschaftssanktionen gegen Zivilbevölkerungen [an denen auch Deutschland sich unter anderem gegenüber Syrien beteiligt], kümmern und sich im Übrigen auf die drängenden Sachfragen konzentrieren.

Das Argument von Sachs gilt auch für die Innenpolitik, wenn man die Sorgen vieler Menschen bezüglich der Verteuerung ihrer Lebenshaltungskosten durch Klimaschutzmaßnahmen nicht ernst nimmt und Konsumverzicht predigt.

Das Weltbild der Systemkonkurrenz als einer Auseinandersetzung zwischen gut und böse, in der nur eine Seite siegen kann, und bei der wir uns auch militärisch ‚[nicht wegducken](#)‘ dürfen, vielmehr den Gegnern aus einer Position der Stärke heraus gegenüberreten müssen, zeugt von historischem und politischem Unverständnis, unverantwortlichem Spiel mit dem Feuer und vor allem fehlendem Realismus und Verständnis für die eigenen Interessen.

Die westliche Menschenrechts-Sichtweise ist einseitig und respektlos: Nicht nur im Vergleich von Nawalny und Assange, oder dem Umgang mit den französischen Gelbwesten und den Protesten in Hongkong. China hat seit 2012 fast 110 Millionen Menschen aus der Armut herausgeführt. Und unter Putin haben sich die russischen Lebensumstände nach den desaströsen Zuständen der Jelzin-Jahre erheblich gebessert, was zum Beispiel am Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung der Männer von 54 (1994) auf 68 Jahre (2018) in Russland abzulesen ist.

Die Regierungen beider Länder können sich in anerkannt unabhängigen Meinungsumfragen hoher Zustimmungswerte erfreuen. Der Druck von außen in Form von Sanktionen und Diffamierungen verstärkt den Patriotismus der Bevölkerungen, und führt nicht zur erhofften Schwächung der Regierungen und *Regime Change*. Die betroffenen Länder verstärken zudem ihre wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit.

Im Vergleich zur allumfassenden militärischen Dominanz der USA lässt sich aus dem regionalen Abstecken roter Linien durch diese Staaten nicht ableiten, dass sie nun im Gegenzug eine ähnliche Vorherrschaft anstreben und eine militärische Bedrohung für den Westen darstellen.

Natürlich erweitert das Neue-Seidenstraßen-Projekt Chinas dessen Einfluss und Zugriffsmöglichkeiten auf Rohstoffe und Märkte ungemein, setzt dabei jedoch auf Kooperation, Verträge, Handel und Ausbau der Infrastrukturen.

Russland, China und Deutschland sind die 3 Länder, die mit Abstand die meisten Toten des Zweiten Weltkrieges zu beklagen hatten. Allein angesichts dessen ist es skandalös, dass das dafür hauptverantwortliche Land nun nach dem Willen einer Partei, die Regierungsmacht anstrebt, [im Schlepptau der USA auf eine Politik der Konfrontation](#) setzt.

Gleichzeitig ist klar, dass selbst die USA weder Russland noch China auf konventionellem Wege militärisch besiegen können. So bleibt nur die nukleare

Option, ein Wahnsinn angesichts der Tatsache, dass die Gegner ebenfalls Atommächte sind. Und ein Wahnsinn für Deutschland, das sich mitten in der Schusslinie befindet. Da hilft auch die Forderung Annalena Baerbocks nicht viel, die amerikanischen Atombomben aus Deutschland abzuziehen. Dass diese dann vielleicht in Polen oder im Baltikum sind, macht die Lage nicht entspannter.

Wer keine Chance hat, machtpolitisch zu obsiegen, muss auf Verhandlungen und friedliche Zusammenarbeit setzen, national wie international. Es wäre nicht verkehrt, sich auf die Entspannungspolitik am Ende des kalten Krieges zu besinnen.

Vielleicht wird sich dann herausstellen, dass wir uns nicht in einem Nullsummenspiel befinden, bei dem die Gewinne des einen die Verluste der anderen bedeuten, sondern dass wir in Win-Win- Situationen eintreten können, die uns gemeinsam zu guten und innovativen Lösungen der uns alle betreffenden drängenden Probleme führen: Vom Import russischen Erdgases zu mit russischer Wind- (oder Atomenergie!?) erzeugtem Wasserstoff etwa. Oder zu Hochgeschwindigkeitszügen, die mit Strom aus erneuerbaren Quellen auf dem Landweg Waren zwischen Europa, Russland und China transportieren.

Utopien? Vielleicht. Aber wer den Klimawandel eindämmen und einen Atomkrieg verhindern möchte, braucht neben Realismus und Respekt auch Visionen. So gesehen ist Nord Stream 2 nicht nur eine Pipeline, sondern ein Symbol für die klimapolitische Glaubwürdigkeit und Souveränität Deutschlands und Europas.